

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Kernsprecher Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 58

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und des 1. Mai. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat 6 Mark, für den halben Monat 3 Mark, für den vierteljährigen 12 Mark. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto: Postfach-Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamenseite 5.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, später für die Nummer des darauffolgenden Tages, angenommen. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 275

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 30. November 1921 (Andreas)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Politik der Arbeiterbetörung.

Die kommunistische Partei hat einen ordentlichen Stoß gegen ihr moralisches Ansehen erlitten. Es war der mehrheitlich sozialistische „Vorwärts“, der mit der Veröffentlichung mehrerer Dokumente und Briefe aus der berüchtigten Märzaktion begann. Aus diesen Schriftstücken geht die ganze erbärmliche Verheerung, das gewissenlose Spiel der kommunistischen Macher mit Arbeiterleben hervor. Wer denkt nicht daran, daß gerade diese Kreise nach außen sich immer entrüsteten über die „herrschende Klasse“, die das Volk in Krieg und Not hege? Wer denkt nicht daran, daß es bisher ständig Phrasen der Kommunisten war, daß die Märzaktion von der Polizei und den Behörden „provokiert“, die Arbeiter aufgehetzt und zum Aufruhr getrieben seien?

Die Affäre hatte die zuständige Behörde bereits seit 8. Juli d. J. in der Hand. Am 16. August ging sie dem Oberreichsanwalt zur weiteren Veranlassung zu. Das Strafverfahren ist seit mehr als einem Vierteljahr im Gange. Als eine Gefährdung der Untersuchung nicht mehr in Frage kam, wurde die Veröffentlichung gestattet. Und als dem mehrheitlich sozialistischen „Vorwärts“ über die Heuchelei der kommunistischen „Rote Fahne“ anlässlich des von den Kommunisten inszenierten Hungerstreiks der wegen der Märzaktion Verhafteten der Geburtsort rief, riefte er ihr mit den Briefen auf den Leib.

Die Diskussion in der Kreispresse geht weiter. Zunächst leugnete die Rote Fahne alles ab. Da brachte der „Vorwärts“ einen weiteren Brief, den der kommunistische Führer, Wegner (Stettin), der schrieb: „Am Sonnabend, den 26., erhielt ich vom Genossen Gierlein den Auftrag, in Gegenwart von Weber, die Ententestücke, die in Stettin liegen und für Danzig bestimmt sind, in die Luftsprengung zu lassen.“ Die unabhängige „Freiheit“ weist zur Entschuldigung der kommunistischen Abscheulichkeit darauf hin, daß die deutschen Kommunisten nur die Geschöben seien, hinter denen die Sinnenlosen, Radek, Bela Kun standen, die bei uns schon einmal offen als Verbrecher gekennzeichnet habe. Im übrigen bestätigt dieser letzte (jetzt kommunistische Arbeitsgemeinschaft) die Echtheit der Dokumente.

Sein Name gewinnt überhaupt eine besondere Bedeutung für die Wertschätzung der kommunistischen Politik. Es ist mit seinem Anhang auf Wertschätzung Moskaus nicht „Mittelteil“ geflogen, weil er den Mut hatte, eben jene Märzaktion als einen Fehler zu bezeichnen. Am letzten Sonntag konnte man in der „Rote Fahne“ die bis dahin alles abgegriffenen hatte, folgendes interessante Eingeständnis des kommunistischen Arbeiter lesen:

„Die kommunistische Partei wird schon deswegen durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ keinen Schaden leiden, weil sie freimütig die Fehler der Märzaktion eingestanden hat. Wir dürfen das um so befriedigender feststellen, als wir von Anfang an der Märzaktion ablehnend gegenüberstanden. Wichtig ist, daß mit jener Auffassung, die glaubte, man könne proletarische Massen zu revolutionären Aktionen zwingen und die tatsächlich in der Märzaktion vorhanden war, in der kommunistischen Partei rücksichtslos gebrochen wurde.“

„J. Malcher mußte fliehen, weil Levi geflohen ist. Aber die „Rote Fahne“ hat zurückgestellt. Also man gibt zu, daß man im März die Arbeiter zu Putzschritten gezwungen hat!“

Die ganze Geschichte ist nicht nur eine Entlarvung der heuchlerischen Kommunistenpolitik. Sie hat den praktischen Erfolg, daß sogar die Reichspresse für Annäherung der belarischen Arbeiter eintritt. Und der Vorwärts sagt dazu, daß die Gierlein und Genossen die Befreiung der gefangenen Arbeiter längst hätten erzielen können, wenn sie den Mut gehabt hätten, ihre eigene Schuld einzugehen. Sind das die gegebenen Führer für die Streikenden und mit den besten Qualitäten ausgestattete deutsche Arbeiterschaft?

Eine Kontrolle nach der andern.

Berlin, 30. Nov. Der Reichsanwalt empfing gestern Mittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz, die in Deutschland weilen, um einen Einblick in die durch die neuen Forderungen der Kontrollkommission geklärte Lage zu gewinnen. Die Abordnung besteht aus englischen, kanadischen, südafrikanischen, französischen, belgischen, japanischen, brasilianischen, schweizerischen, schwedischen und spanischen Gewerkschaften, denen sich ein amerikanischer Handelsvertreter angeschlossen hatte.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 30. Nov. Zu den Hauptberufungen in den Rostrohrenwerken in Heidenau stellt das Dresdener Polizeipräsidium fest, daß es sich hier nicht um eine Entdeckung der Ententekommission handelt. Von der Direktion und dem Betriebsrat des Werkes sei das Material bei der Erfassung der Ententekommission in Dresden angelegt worden. Daraufhin seien die Geschloßtüren vom Polizeipräsidium besetzt worden. Die ordnungsmäßige Abführung gemäß dem Friedensvertrage sei gewährleistet. Nach den übereinstimmenden Angaben der Direktion und des Betriebsrates stammt das Material aus der Zeit vor Kriegsausbruch.

Berlin, 29. Nov. Der Dampfer „Mamot“ ist am 28. November abends mit 474 Heimkehrern aus Petersburg in Swinemünde eingetroffen. Stettin, 30. Nov. Infolge starker Kälte der letzten Tage führt die Oder und das Stettiner Haff Treibeis. In der Umgebung von Berlin fiel gestern das Thermometer unter 10 Grad Kälte. Königsberg, 29. Nov. Auf dem Gertzerplatz in Karchau bei Königsberg, wo eine Zeremonie für die Lieferung von Sprengstoffen stattfand, wurde eine Bombe mit Sprengstoff gefüllt. Es entstand eine Explosion, wobei 3 Arbeiter verletzt wurden.

Danzig, 29. Nov. In der Beschlusse der polnischen Schiffsahrtsgesellschaft wurde ein Einbruch verurteilt, wobei nach einer Version 700 000 polnische Mark, nach einer anderen 2 1/2 Millionen Mark sowie 36 000 deutsche Mark gestohlen wurden.

Die Kreditaktion.

Berlin, 30. Nov. In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie erstattete Hugo Sinnen eingehend Bericht über seine Londoner Besprechungen. In einer eingehenden Aussprache kam man dem Berliner Lokalanzeiger zufolge schließlich überein, den geschäftsführenden Vorständen, Geheimrat Bücher, zum Reichsminister zu entsenden, um ihm mitzuteilen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie einverstanden sei, einen aus Mitgliedern der Industrie und der Finanzgewalt bestehenden Kommission von sechs Herren mit den englisch-amerikanischen Wirtschaftskreisen über die Kreditfrage in Verbindung treten zu lassen. Die Kommission selbst soll vom Reichsminister bestimmt werden.

Berlin, 30. Nov. Wie der Londoner Korrespondent der Vossischen Zeitung erfährt, haben zwischen Dr. Rathenau und dem Direktor der Bank von England zwei Konferenzen stattgefunden. Weitere Konferenzen mit den englischen Finanzmännern und dem Reichsminister sollen sich unmittelbar anschließen. Der Korrespondent hält es für möglich, daß Rathenau auch mit Lloyd George zusammenkommen wird.

Deutsch-russische Wirtschaftswege.

Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung Kreftinski hatte mit dem Vertreter der Telegraphen-Union eine Unterredung, in der er über eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Fragen in Sowjetrußland u. a. folgendes ausführte:

Der deutschen Industrie und dem deutschen Kapital eröffnen sich nicht nur in Rußland, sondern auch in der Ukraine und den kaukasischen Staaten, große Betätigungsmöglichkeiten durch die Erwerbung von Konzessionen. An solchen kommen in erster Linie landwirtschaftliche in Betracht im Wolgagebiet, Sibirien und Südrußland; ferner Bergwerkskonzessionen zur Ausbeutung von Kohle, Metallen, Graphit, Asbest usw. sowie Rapskulturen im Uralgebiet, Sibirien und der Ukraine, im Kaukasus und am Kaspischen Meer; endlich Waldkonzessionen in Nordrußland, Sibirien sowie Westrußland.

Die deutsche Industrie wird endlich durch die Verkäufe ihrer Fertigfabrikate an die Sowjetregierung Geschäfte machen können. Die Gewährung von Kredit wäre Bedingung.

Ueber die Kreditfrage äußerte sich Kreftinski u. a. Der Staat behält sich das Bankmonopol vor. Privatbanken können also in Rußland nicht etabliert werden. Die Staatsbank basiert auf einem vom Staat gegebenen Kreditkapital und ist wirtschaftlich von der Finanzverwaltung getrennt. Zurzeit steht sie in Verhandlungen mit ausländischen Banken über die Art des Geschäftsverkehrs, besonders der technischen Durchführung der Geldübermittlung.

Der Tauschverkehr.

Halle, 30. Nov. Hier wurden Verhandlungen zwischen Vertretern der Landwirtschaft und Vertretern der Braunkohlen-, Stah-

Neue Pläne der Kreditaktion?

Stoff- und Kali-Industrie über die direkten Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern gepflogen. Die Landwirtschaft soll Kali, Kohlen und Stickstoff direkt von den Fabriken erhalten und dafür Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchte direkt an die Fabriken liefern.

Minister Brauns zur Lage.

Büren, 28. Nov. Im Stadthaus sprach gestern Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über politische Fragen der Gegenwart. Die gegenwärtige „Krise“ sei eine große Täuschung. Die Höhe des Einkommens der Arbeiter ist der Ausverkauf, dann die Unmöglichkeit, weitere Rohstoffe zur Beschäftigung der Industrie zu beschaffen, neuer Notendruck, Arbeitslosigkeit, weiteres Sinken der Mark. Wie entriemen wir dem verhängnisvollen Kreislauf?

Die Bekämpfung des Wuchers und des Schiebers ist selbstverständliche Pflicht jeder Regierung; aber wir können nicht jeden Menschen einen politischen Willen stellen. Man verlangt die Sozialisierung. Eine Verneinung der Produktion wird durch sie nicht erreicht. Das Problem ist bei einem kapitalistischen System besser lösbar, als bei einer Sozialisierung, die nicht produziert, sagt selbst der Sozialist Raab. Gelingt es, die Leistungen an die Entente auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, so müssen wir mehr produzieren und mehr sparen. Die Produktion in der Landwirtschaft kann gefördert werden durch Siedlungen und allmähliche Zurückführung der Binnenwanderung von der Stadt auf das Land. Im Bergbau muß die Mehrförderung auch bessere Kohlen liefern. Die schließliche Arbeit ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Die Arbeitsleistung muß gewertet und wertvolle Arbeit geleistet werden. Wir können unsere Finanzen sanieren durch eine Bekämpfung der Politik, durch eine langfristige Umschichtung der Reichseinkünfte. In der Provinz sind die Tarifverträge ein Hindernis geworden. Eine bessere Schlichtungsordnung wird dem Reichslande gegeben. Vor allem müssen wir ein größeres nationales Wirtschaftsgesetz haben. Nur durch gemeinsamen Opfergeist könne das entfaltete Deutschland wieder zu neuem Leben erweckt werden. Die Verarmung folgte mit größter Spannung den gestellten fesselnden Ausführungen und spendeten ihnen lebhaften Beifall.

Preussischer Landtag.

Berlin, 29. Nov. Minister des Innern Severing führt aus: Von den Städten muß erwartet werden, daß sie bei der Befolgung nicht den Rahmen überschreiten, der dem Reich und dem preussischen Staat gezogen ist. Die Landgemeinden- und Städteordnung möge vorweg erteilt werden, dann die Provinzial- und Kreisordnungen. Zu weitgehende Provinzialautonomie würde keinen Nutzen bringen. Aus Pommern häufen sich die Meldungen über Nebenerwerbsrenten an. Die Verhältnisse in dieser Provinz nach einer Nachprüfung bedürfen. Den Schulorganisationen muß ein Ende gemacht werden. Der Schul-, Kommunal- und Grundbesitz von Beamtenposten auszuscheiden, habe ich aufgehoben. Professor Brauner arbeitet immanentvoll und fleißig. In Anknüpfung sei er zu erwähnen. Der Minister liest eine Reihe Anträge vor, in denen vom Vorgesetzten aufgeführt wird. Er erklärt, daß er allen Putschversuchen mit größter Energie entgegenzutreten werde.

Hg. von Geyern (D. A.) wendet sich gegen das Verbot der „Täglichen Rundschau“. Bei Befreiung der Rundschau dürfe nur die berufliche Befähigung entscheidend sein.

Hg. von Dr. Brander (D. A.) befürwortet, daß die Verordnung des Reichspräsidenten hinsichtlich der Aufhebung der Pressefreiheit aufgehoben wird. Die höchsten Beamten ständen fast durchweg auf dem Standpunkt, daß die jetzige Verfassung der alleinige Boden für verfassungsmäßige Gesetzesbestimmungen sei.

Hg. Kahl (D. A.) verlangt die Befreiung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung und beantragte Aufhebung der Internierungslager Stargard und Selo sowie Übertragung des Polizeiwesens auf die Gemeinden. Redner verlangt die schleunige Aufhebung des Geheimen Schutzes.

Damit schließt die Aussprache über das Ministerium des Innern. Die Abstimmungen werden verlagert. Es folgt die zweite Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums.

Der Ausschuss erhöhte die Summen zur Pflege der schulpflichtigen Jugend von 6 auf 10 Millionen, ebenso die Beiträge für Kleinkinderheim von 30 000 auf 100 000 Mark. Für Tuberkulosebekämpfung sollen 1 Million 5 Millionen aufgewandt werden, ebenso sollen die Kosten für Jugendwohlfahrt und soziale Ausbildung erhöht werden.

Minister Gittler betont, er werde sich bemühen, im Sinne seines Vorgesetzten zielbewußte und planmäßige Vorarbeiten zu leisten. Das Reichsjugendfürsorgegesetz steht vor dem Abschluß. Die Prager Konferenz in der Praxis sei ziemlich befriedigend. Die Forderung persönlicher Förderung könne manchen Elementen gegenüber nicht einseitig werden. Erhöhung der Armenrenten sei erforderlich. Auch für die Armenrenten muß etwas geschehen. Im Interesse der verarmten Armen soll eine Revision des Armenpflegegesetzes erfolgen. Die Summe für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen soll in Einklang mit den neuen Reichsbestimmungen erhöht werden. Um eine Erweiterung der Mittelstellen werden wir nicht herumkommen. Diese Mittel sollen für die Bekämpfung der Notwendigkeit benutzt werden. Die Bekämpfung unserer Volkswirtschaften, der Kampf gegen die Trunksucht erfordert wieder Beachtung.

Die „Abrüstungs“-Konferenz.

London, 29. Nov. Reuter berichtet aus Washington, es verlautet, daß die französische Delegation für Frankreich eine Großkampfschiff-tonnage fordere, die der japanischen gleich sei. Die italienischen Vorschläge geben, wie gemeldet wird, eine Großkampfschiff-tonnage vor, die der Frankreichs gleich.

London, 29. Nov. Reuter zufolge hat Frankreich nichts dagegen einzunehmen, daß Italien eine ebenso große Flottenstreitmacht besitzt wie Frankreich, d. h. 300 000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75 000 Tonnen an Unterseebooten.

China auf Herz und Nieren untersucht.

Washington, 29. Nov. Der Ausschuss der Großmächte hat sich für den Verzicht auf die Exterritorialitätsrechte, die Beseitigung der ausländischen Gerichtshöfe in China ausgesprochen, vorausgesetzt, daß das System der chinesischen Gesetzgebung und Rechtsprechung von einer internationalen Untersuchungskommission für ausreife befunden werden. Die Delegierten sind grundsätzlich für die Zurückführung der fremden Truppen. Doch wird die Behandlung dieses Punktes fortgesetzt werden.

Italien und Frankreich.

Der französische Botschafter in Rom hat bei der italienischen Regierung Verwahrung wegen der französischen Einmischung in die Angelegenheiten der „Somme Libre“ eingelegt. Wie der „Somme Libre“ meldet, soll Barere gleichzeitig infolge der Angriffe, deren Gegenstand er in der italienischen Öffentlichkeit gewesen ist, die französische Regierung um Enthebung von seinem Posten ersucht haben. Das Blatt erklärt, daß Frankreich in Italien verhöhnt und geschlagen worden sei. Nicht einmal wegen der letzten Ereignisse in Venedig, wo General Fajolle ausgepfiffen wurde, habe es Genugtuung erhalten. Der Rücktritt Bareres sei notwendig, weil er nicht mehr die erforderliche Autorität besitze.

Projekt Landtag.

Paris, 29. Nov. Hier steht ein moderner Maaßstab namens Landtag wegen 2. Jahrelang zurückliegenden Verhandlungen vor Gericht. Er soll ca. 15 Franken durch Staatsanwaltschaft an sich gelockt, befreit und ihr Eigentum veräußert haben. Der Befragte leugnete mit einer ungläubigen Gesichtszüge. Es waren ihm keine unbedingten Beweise beizubringen, aber der Verdacht ist überwiegend. Nun hat der erste Staatsanwalt heute den Strafantrag formuliert, der alle Schuldfragen ohne mildernde Umstände bejaht und den Tod für den Mörder von Gambais und Vermonville verlangt.

England und Irland.

London, 29. Nov. Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead hatten heute mit den Sinnfeindelegierten eine Konferenz, auf der eine Reihe völlig neuer Vorschläge erörtert wurden. Diese Vorschläge werden Ulster nur vorgelegt werden, wenn die Sinnfeinde ihnen zuvor zugestimmt haben. Hiermit sind die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten.

Das Unterparlament.

London, 29. Nov. Das Unterparlament ist in Belfast eröffnet worden. Der Premierminister Craig gab eine Darstellung der Vorschläge mit Lloyd George und erklärte, Ulster habe es abgelehnt, unter den gegenwärtigen Bedingungen in ein allirisches Parlament einzutreten. Die Vorschläge der Regierung seien unannehmbar, es würden aber Vorbereitungen zu einer Besprechung getroffen, durch die auf anderem Wege eine andere Regelung erzielt werden solle.

Schwerer Kinobrand in Amerika.

London, 29. Nov. Nach einer drahtlosen Nachricht hat sich in einem Kino in Newhagen (Connecticut) ein furchtbarer Brand abgespielt. Es sollen 20 Tote und 400 Verwundete zu beklagen sein.

Die Türkei.

Paris, 28. Nov. Sabas meldet aus Batum vom 26. November, die Regierung von Anzora habe beschlossen, Enver Pascha und seine Freunde auf Grund der Forderung der türkischen Nationalversammlung auszuweisen.

Konstantinopel.

Konstantinopel, 29. Nov. Der neue türkische Militärgouverneur für das Vilajet Adana, General Rahiddin Pascha erklärte in einem Manifest an die Bevölkerung von Adana, daß der Schutz der christlichen Einwohner von der Regierung in Ungarn sicher gestellt sei. Die Christen seien vom Militärdienst befreit.

100

„Ich, sagt er zurück, „sag mir doch an, was ich
 mich doch auch nicht.“ — „Ja wohl,“ sagt Elly, „we-
 du so weit unten wärst, würdest du dich auch u-
 eroben, Gauden, fänden.“

